

D 1086 F - 1/87

Weltweite Hilfe



**DIAKONISCHES
WERK** in Hessen und Nassau



- EG-Butter ● Iranische Flüchtlinge ● Umweltschutz in der
Diakonie ● Aids ● Gemeindepädagogik und Sozialarbeit ●
- Rassismus ● Brasilien ●

INHALT

Editorial	1	Rassismus ist Sünde	33
Leserbriefe	2	Zur Entstehung und theologischen Begründung dieses ökumenischen Bekenntnisses	
Berichte und Nachrichten	5	Klaus-Martin Beckmann	
Prof. Wilhelm Fresenius verabschiedet	11	Iranische Flüchtlinge in der Türkei	43
Interview mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Hauptversammlung des Diakonischen Werkes		Interview mit Friedrich Weissinger Diethart Finger, Bernhard Neuschäfer	
Diethart Finger, Friedhelm Sames		Zurück in den Iran?	45
Gewissensnöte oder— Ein Alltagsproblem der Kriegsdienstverweigerer		Delegation des Diakonischen Werkes untersucht Flüchtlingsproblematik in der Türkei	
Gerhard A. Hoffmann	15	„Als ob es kein Morgen gäbe“	50
Gemeindepädagogik und Sozialarbeit als Wissenschaften	17	Reiseberichte aus Brasilien Lothar Simmank, Margit Denert	
Ansprache zur Rektoratsübergabe an der EFH Darmstadt		Literaturhinweise zum Thema „Asyl“	U3
Bernhard Suin de Boutemard			
Umweltschutz am Elisabethenstift Darmstadt	25	Im Sonderteil Die Schuldenproblematik — Prophylaxe durch Aufklärung	
Wilhelm von Braunnühl		Schuld- und milstreckungsrechtliche Hilfen	

Zeitschrift des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau, Ederstraße 12, 6000 Frankfurt/M. 90

Mitarbeiter dieses Heftes: Dr. Klaus-Martin Beckmann, Pfarrer, Oberkirchenrat. Referent für Mission und Ökumene in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt; Dr. Wilhelm von Braunnühl, Fachreferent für Energie, Immissionsschutz und Abfallwirtschaft beim Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Bundesgeschäftsstelle Bonn, vorm. Umweltbeauftragter im Elisabethenstift Darmstadt; Margit Denert, Pädagogin und Journalistin, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Diakonischen Werk, Oldenburg; Bernhard Dienst, Pfarrvikar, z.Zt. Vikariat in der Dekanatsstelle des Diakonischen Werks, Darmstadt; Diethart Finger, Journalist, Referent in Abt. I —Theologie und Information—im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Frankfurt; Prof. Dr. Wilhelm Fresenius, Chemiker, ehemaliger Vorsitzender der Hauptversammlung des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau (Frankfurt), Wiesbaden; Gerhard A. Hoffmann, Religionspädagoge, Referent für Zivildienst im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Frankfurt/Darmstadt; Dr. Konrad Melchers, Redakteur beim Evangelischen Pressedienst (Redaktion Entwicklungspolitik), Frankfurt; Renate 1. Mreschar, Deutscher Forschungsdienst, Bonn 2; Dr. Bernhard Neuschäfer, Pfarrvikar, z.Zt. Vikariat in Abt. I —Theologie und Information — im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Frankfurt; Friedhelm Sames, Pfarrvikar, z.Zt. Vikariat in Abt. II —Ökumenische Diakonie— im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Frankfurt; Dr. Horst Seibert, Pfarrer und Geschäftsführer, Leiter der Abt. I —Theologie und Information—im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Frankfurt; Lothar Simmank, Germanist. Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Diakonischen Werk in Kurhessen-Waldeck, Kassel; Prof. Dr. Bernhard Suin de Boutemard, Pfarrer und Professor für Religionspädagogik und Soziologie an der Evangelischen Fachhochschule, Darmstadt, vorm. Rektor der EFH D: Prof. Dr. Dr. Herbert Wagner, Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Evangelischen Fachhochschule, Darmstadt (emeritiert); Dr. Friedrich Weissinger, Pfarrer und Geschäftsführer, Leiter der Abt. II — Ökumenische Diakonie — im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Frankfurt.

Titelgrafik: Friedhelm Meinass, Brensbach-Wallbach

Titelbild: dpa/KNA

Bildnachweis: S. 6, 16, 32, 41 KNA; S. 38 dpa; S. 11, 22, 43 Archiv; S. 19 Roman Größer, Darmstadt; S. 26, 27, 30 Michael Gloger, Darmstadt; S. 46,48 Diether Heesemann, Frankfurt; S. 50, 52, 54 Lothar Simmank, Kassel; S. 56 Erich Kotnik, Berlin.

Redaktion: Dr. Horst Seibert (verantw.), Diethart Finger.

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Rolf Bick, Bickenbach; Pfarrer Meinold Krauss, Darmstadt; Dekanatsstellenleiter Hubertus Röhrig, Wiesbaden; Prof. Dr. Dieter Stoodt, Darmstadt.

Herausgeber und Verleger: Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, Ederstraße 12, 6000 Frankfurt/Main 90, Tel.: (0 69) 79 47-0.

Diese Zeitschrift wird als Mitarbeiter- und Freundeskreiszeitschrift kostenlos abgegeben.

Herstellung und Versand: PLAG-DRUCK— Druck & Verlag — Steingasse 7, 3578 Schwalmstadt-Treysa, Tel. (0 66 91) 14 71.

37. Jahrgang — Heft 1 (212) 1. Quartal 1987

Prof. Wilhelm Fresenius verabschiedet

Interview mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Hauptversammlung des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau

Der langjährige Vorsitzende der Hauptversammlung des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau ist auf der diesjährigen Hauptversammlung am 21. Januar aus seinem Amt verabschiedet worden. Der 73jährige Chemiker hatte seit der Gründung des Diakonischen Werkes im Jahre 1960 den Vorsitz der Hauptversammlung inne und stand aus Altersgründen für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Zu seinem Nachfolger wurde der Verwaltungsdirektor des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) und frühere Frankfurter Bürgermeister, Rudi Sölch, gewählt.

Als Menschen, der Verstand und Herz für die Evangelische Kirche und das Diakonische Werk eingebracht habe und dem es auf das Wesentliche, das Zeugnis des Evangeliums und die Zuwendung zum Menschen angekommen sei, würdigte der DW-Hauptgeschäftsführer, Pfarrer Heinz-Günther Gasche, den aus dem Amt scheidenden Jubilar. Über seinen Lebensweg und seine Erfahrungen als engagierter Christ berichtete Prof. Fresenius in dem nachfolgenden Interview. Die Fragen stellten Diethart Finger und Friedhelm Sames.



Herr Prof. Fresenius, fast 77 Jahre — seit der Gründung des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau — waren Sie Vorsitzender der Hauptversammlung, des wichtigsten Gremiums des Diakonischen Werkes, und haben jetzt aus Altersgründen nicht mehr kandidiert. Wie kamen Sie zur Diakonie? Welche Bindungen und Verbindungen hatten Sie vorher zu Kirche und Diakonie?

Zwei Menschen haben mein Leben wesentlich beeinflusst, mein Großvater, Prof. W. Fresenius (Chemiker), der sein Leben lang in unserer Evangelischen Kirche tätig gewesen ist, und mein späterer Schwiegervater, Pfarrer von Bernus, der mich konfirmiert hat. Dieser kam nach dem Krieg zu mir und fragte mich, ob ich bereit sei, mich als Kandidat für den Kirchenvorstand der Bergkirchengemeinde (Wiesbaden) zur Verfügung zu stellen. Aus der Arbeit in der Bergkirche wurde ich dann in die Dekanatssynode und in die verfassungsgebende Synode hineingewählt und habe dort relativ früh mit dem Hilfswerk Verbindung bekommen und mitgearbeitet. Vorher hatte ich in einem soziologisch außerordentlich interessanten Bezirk in Wiesbaden für das Hilfswerk gesammelt und dabei vielfältige Erfahrungen machen können. Über die Tätigkeit im Hilfswerk kam es dann zur Mitwirkung beim Zusammenschluß der drei Verbände der Inneren Mission und des Hilfswerks. In diesem Kreise habe ich zunächst unter der Leitung von Martin Niemöller mitgearbeitet und bin somit seit der Gründung des Diakonischen Werkes mit dabei gewesen.

Sie sind Naturwissenschaftler und Leiter eines bekannten Unternehmens, des Instituts Fresenius. Bis vor einigen Jahren waren Sie außerdem ehrenamtlicher Stadtrat in Wiesbaden.

Waren diese Aufgaben, Funktionen und Ämter immer miteinander zu vereinbaren, oder gab es auch gelegentlich Konflikte, die Sie persönlich berührten?

Das Problem Naturwissenschaft und Theologie hat viele Menschen zu sehr ernsthaften Auseinandersetzungen geführt; es hat aber auch immer wieder die andere Möglichkeit gegeben, als Naturwissenschaftler Christ zu sein. Es war in meinem Leben durchaus wichtig, dieselben Probleme aus ganz verschiedenen Blickwinkeln mitzuerleben als verantwortlicher Leiter eines Institutes mit einer großen Zahl von Mitarbeitern, im Rathaus aus einer ganz anderen Sicht und dann in der Wirklichkeit des täglichen Lebens, die sich in vielen Bereichen der Diakonie widerspiegelt. Konflikte im unmittelbaren Sinn habe ich eigentlich nicht erlebt, sondern dabei eher gelernt, daß man das gleiche Problem von verschiedenen Seiten sehen kann und daß man versuchen muß, daraus eine Synthese zu erarbeiten, die nicht allen, aber doch verschiedenen Seiten des gleichen Problems gerecht wird.

Sie erwähnten vorhin das Evangelische Hilfswerk und Ihre Mitarbeit in dieser unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Hilfsorganisation. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

Die Zeit unmittelbar nach dem Krieg gab die Möglichkeit zum Nachdenken, und ich würde persönlich hinzufügen: Der Samen, der in meiner Konfirmandenzeit gelegt wurde, war inzwischen gereift. Dazu kamen Eindrücke aus Elternhaus und später dem Schwiegerelternhaus in deren Auseinandersetzung mit der Ideologie des Dritten Reiches, in deren Auseinandersetzung mit der Gestapo, bei den Be-

mühungen, die christliche Botschaft weiter zu verkündigen — in Konflikt mit dem Staat. Dieses Mit-Erleben hat mich natürlich geprägt und sicherlich auch dazu beigetragen, nachher aktiv zu versuchen, etwas Konstruktives zu tun. Nach dem Krieg war es notwendig, sehr unbürokratisch zu handeln. Das hat sicher dazu geführt, daß in unserer Kirche Männer wie Otto Fricke etwas „angepackt“ und oft — entgegen manchen formellen Ordnungen — einfach schlicht geholfen haben. Es kam hinzu, daß über die Hilfe aus den USA diese Möglichkeiten gestützt wurden. In dieser Zeit erfuhren und erlebten wir, daß Handeln in einer solchen Situation entscheidend ist.

Wie hat sich Ihrer Auffassung nach das Verhältnis zwischen Kirche und Diakonie in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in den Jahren danach weiter entwickelt?

Hier mußte sich wohl ein Lernprozeß vollziehen. Das Hilfswerk war sehr „frei“ und spontan gewachsen. Auf der anderen Seite standen die vielfältigen Einrichtungen der Inneren Mission, und es kam die Zeit einer neuen Ordnung. Das Problem dieser Ordnung war: Ist die Diakonie ein eigenständiges Werk, ist sie Teil der Kirche, wer entscheidet? Diese Problematik hat uns — glücklicherweise mehr im Hintergrund — längere Zeit beschäftigt. Sie ist, wie alles in diesem Leben, auch von Menschen, die in den jeweiligen Funktionen Verantwortung trugen, mitbestimmt worden. Es hat für mein Empfinden lange gedauert, bis es gelungen ist, zu einem gemeinsamen Handeln der Kirchenverwaltung, der Synode und des Diakonischen Werkes zu kommen. Dieser Lernprozeß ist wohl auch dadurch vorangekommen, daß die verschiedenen Kräfte immer häufiger durch gleiche Personen repräsentiert wurden. Da-

durch ist das Zusammenwachsen entscheidend gefördert worden. Es zeigt sich aber hier ein Problem, das nicht nur die Kirchenverwaltung betrifft, sondern das viel schwieriger ist. Es geht um das Verhältnis zu den Gemeinden, zur Diakonie und um die Frage: Wie stark ist die Bereitschaft in den einzelnen Gemeinden, wirklich die diakonische Aufgabe zu sehen und an dieser Arbeit mitzuwirken? Hier ist für mein Empfinden eine wichtige Aufgabe zu leisten, beginnend bei der Ausbildung der jungen Theologen, aber gleichermaßen in der Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Gemeinden, um zu einem noch engeren Zusammenwirken zwischen der christlichen Gemeinde und der zu ihr gehörigen Aufgabe Diakonie zu kommen.

Umfragen zufolge ist der Bekanntheitsgrad der Diakonie in der Öffentlichkeit nicht sehr hoch (34 %). Was meinen Sie, müßte seitens der Diakonie getan werden, um Diakonie und ihre Aufgaben in der Bevölkerung bekannter und bewußter zu machen?

Meiner Kenntnis nach ist seitens des Diakonischen Werkes in den letzten Jahrzehnten sehr viel geschehen, um deutlich zu machen, wofür wir sammeln, warum wir sammeln, welche Aufgaben im Diakonischen Werk zusammengefaßt sind. Auf der anderen Seite muß man aber bedenken, daß wir alle —jeden Tag — eine derartige Fülle von Papier in die Hand bekommen, daß wir jeden Abend mit Nachrichten des Fernsehens überschüttet werden und am Tage (z.B. im Auto) durch das Radio gleichermaßen berieselt werden. Es ist ungeheuer schwierig, bei diesem Überangebot von Informationen wesentliche Informationen wirklich an den einzelnen Menschen heranzubringen. Ich glaube, es ist nur dadurch möglich, immer wieder einzelne Men-

schen zu gewinnen, die dann als Multiplikatoren dieser Aufgabe dienen können und die ihrerseits bereit sind, Arbeiten im weiten Rahmen der Diakonie zu übernehmen, wobei wir sicherlich auch einiges dazu tun müssen, um diesen Menschen freien Raum und Handlungsmöglichkeiten zu geben. Das uralte Wort von der Pastorenkirche geistert noch immer herum, und leider finden wir heute noch lebende Beispiele, die es schwer ertragen können, daß Menschen in ihrer Gemeinde selbständig Aufgaben anpacken.

Diakonie — als Anwalt der Schwachen — hat es ja auch mit der konkreten politischen Realität zu tun, insbesondere mit der Sozialpolitik in Bund und Ländern. Ist es — Ihrer Meinung nach — der Diakonie seit ihrer Gründung im Jahre 1960 immer (oder doch zumindest teilweise) gelungen, hierauf günstigen Einfluß zu nehmen, oder blieben manche Chancen ungenutzt? Hätte unter Umständen mehr geschehen können? Manchmal könnte der Eindruck entstehen, daß es sich hier um eine Konkurrenz handelt. In Wirklichkeit sind die Dinge viel komplizierter. Wir haben auf der einen Seite die Tatsache, daß auch viele Werke der Diakonie aus dem Steuergroschen des Bürgers über die Staatskasse finanziert werden (müssen). Auf der anderen Seite können wir ständig erleben, daß neue Aufgaben zu bewältigen sind, Menschen in Not kommen; und hier besteht nicht nur eine große Chance, sondern eine immer wieder wahrgenommene Möglichkeit der Diakonie, im weitesten Sinne zu handeln, rasch zu helfen, bevor institutionelle Wege gefunden werden. Das Problem liegt in dem Bereich dazwischen, bei den institutionell vorhandenen Aufgaben (vom Kindergarten über das Krankenhaus bis hin zum Altenheim, um nur ein paar der „alten“ Einrichtun-

gen zu nennen). Hier ist es die große Aufgabe der Menschen innerhalb der Diakonie, deutlich zu machen, daß sie sich als Christen zumindest bemühen, diese Aufgaben wahrzunehmen, daß z.B. dem Menschen, der in einem Heim lebt, deutlich wird, daß er hier in einer Umgebung ist, die sich in einem besonderen Maße um ihn als Mitmenschen kümmert. Das ist eine ganz schwierige Aufgabe, insbesondere auch der Ausbildungsstätten, den jungen Menschen (ob sie später Diakone, Altenpfleger oder Kindergärtnerinnen werden) zu vermitteln, daß sie ihre Aufgabe nicht nur im engeren Sinn als sozial gerecht begreifen lernen, sondern auch versuchen, deutlich werden zu lassen, daß sie als Christen diese Aufgabe durchführen.

Bei der Arbeit in der Diakonie habe ich immer wieder erfahren, daß z.B. der Bau neuer Einrichtungen nicht das Problem ist, sondern daß stets der geschwindigkeitsbestimmende Faktor bei der Errichtung neuer — notwendiger — Einrichtungen die Frage aufwarf: Haben wir die Menschen, die später in diesem Haus ihre Aufgabe wahrnehmen?

Für mein Empfinden sind es nicht primär die organisatorischen, finanziellen Probleme, sondern in erster Linie die Frage: Wo finden wir die Menschen, die bereit sind, die vor uns liegenden Aufgaben zu lösen? Es ist für mich in einer Zeit der Frühpensionierung schwer verständlich, daß es z.B. für „Essen auf Rädern“ und viele andere Aufgaben, die nur einen geringen Teil der Zeit beanspruchen, so schwierig ist, Menschen zu finden, die wirklich „anpacken“. Ähnliche Probleme haben wir bei der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Verwaltung unserer Einrichtungen. Sicherlich sind hier die Anforderungen durch unser kompliziertes Rechtswesen (Sozialordnungen im weitesten

Sinne) sehr viel höher als in früheren Zeiten; aber hier ist es gerade für viele Menschen möglich, ihre Lebenserfahrung einzubringen, um in solchen Institutionen Verantwortung zu übernehmen. Es ergibt sich dann oft der Hinweis der Hauptamtlichen: Was bleibt für uns übrig? Um es einmal ganz hart und deutlich zu sagen: Ich halte das für ein absolutes Scheinproblem. Wir haben sehr viel mehr Arbeit, als alle Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen gemeinsam erledigen können.

Welche Perspektiven der Arbeit der Diakonie sind Ihnen für die Zukunft am wichtigsten?

Wir haben uns im wesentlichen beschäftigt mit den Fragen der Diakonie um uns herum, in unseren Gemeinden, in unserem Land. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß ein wesentlicher Schwerpunkt der Diakonie auch in Notgebieten der ganzen Welt liegt, Stichwort: Brot für die Welt. Hier besteht die ungeheure Schwierigkeit, daß wir nicht vom grünen Tisch aus entscheiden können, was da und dort wirklich möglich und notwendig ist. Das Hineindenken in die besonderen Verhältnisse eines anderen Landes und die Frage, wo zerstöre ich durch Hilfe eine gewachsene Kultur und wo kann ich Menschen helfen, sich auf unser heutiges technisch-industrielles Zeitalter umzustellen, bedarf eines intensiven und ernsthaften Nachdenkens, um hier richtige Wege zu finden. Ich weiß, daß Mitarbeiter des Diakonischen Werkes durch ungezählte Reisen immer wieder versucht haben, draußen zu lernen, wie es wirklich aussieht; aber wir wissen auch, daß insgesamt — für uns alle — noch vieles zu erarbeiten ist, um wirklich helfen zu können, so wie es dem christlichen Auftrag gemäß ist.

Vielen Dank, Herr Professor Fresenius.

Gemeindepädagogik und Sozialarbeit als Wissenschaften

Auszüge aus der Ansprache bei der Akademischen Feierstunde zur Rektoratsübergabe am 27. November 1986 in der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt von Prof. Dr. Bernhard Suin de Boutemard, Rektor der EFHD von 1981 —1986

... Wir haben in der Begrüßung des Herrn Kuratoriumsvorsitzenden soeben gehört, wozu diese Hochschule da ist und welches Ansehen ihre Absolventen in der Berufspraxis von Kirche und Welt erworben haben. Ich denke, diese Akademische Feier ist die Stunde und der Ort, etwas über die Notwendigkeit zu sagen, warum autonome Wissenschaften der sozialen Arbeit und der Gemeindepädagogik erforderlich sind, die es noch nicht gibt. Dies möchte ich aus den Erfahrungen meines fünfjährigen Rektorats entfalten.

Gemeindepädagogik als Wissenschaft

Die an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt gelehrten Studiengänge Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Kirchliche Gemeindepraxis führen zu verantwortungsvollen Berufen, für die heutzutage nicht genug ausgebildet werden kann und zu denen man innerlich gefestigt sein muß. Diese Berufe brauchen eigene, gegenüber anderen Berufen unverwechselbare Vorgehensweisen. Erst durch eigene Methoden erweisen sie sich als fachlich unentbehrlich, denn auch andere Berufe haben mit menschlichen, sozialen, erzieherischen oder religiösen Problemen zu tun.

Was heißt das für die Gemeindepädagogik als Wissenschaft?

Ich war kaum vierzehn Tage Rektor, als ich im September 1981 zu einer Sitzung der Kirchenleitung eingeladen war, in der Vorschläge zur Umgestaltung des Fachbereichs III, Kirchliche Gemeindepraxis, eröffnet wurden. Zwei Jahre später (Mai 1983) hat die Kirchenleitung das gehabt, was in der Pädagogik seit Friedrich Copei ein „pädagogisch fruchtbarer Moment im Bildungsgeschehen“ genannt wird, näm-

lich einen Geistesblitz. Wer von Ihnen mit Menschen und mit Unterricht zu tun hat, kennt das: Es kommt vor, daß eine Schülerin oder ein Schüler etwas sagen, was so klug ist, daß sie gar nicht wissen, wie weise die Bemerkung war. Der verantwortlich handelnde Pädagoge, aber auch andere, wie Mütter oder Väter, werden dann innehalten, um das Gesagte ins Bewußtsein zu rücken und zu vertiefen, damit es nicht verloren geht. Diese Akademische Feierstunde ist solch ein Augenblick, um innezuhalten. Ich nehme an, daß die Mehrzahl der Mitglieder der Kirchenleitung gar nicht gewußt hat, wie klug und weitreichend ihre Entscheidung vom Mai 1983 war, Gemeindepädagogik als grundständigen Studiengang des Fachbereiches III beizubehalten. In meiner schlichten Art zu glauben, betrachte ich diesen Geistesblitz als eine Fügung Gottes.

Warum ist ein grundständiger Studiengang Gemeindepädagogik wichtig?

Im Fachbereich III arbeiten wir an einem Ansatz von kirchlicher Gemeindepraxis. Wahrscheinlich haben wir damit eine Aufgabe übernommen, deren Lösung die Zeit meiner Generation übersteigen wird. Es geht darum, eine Theologie zu entwickeln, die den Entdeckungszusammenhang ihrer Probleme (Topoi) nicht in der Theorie der theologisch-systematischen Abfolge (Logik) sucht und findet, sondern in der Lebenswelt des tatsächlichen Menschen und in seiner empirischen sozialen Welt. Das ist der Anspruch. Die Aufgabe besteht darin, von diesem Entdeckungszusammenhang zu einem theologischen Begründungszusammenhang zu kommen. Einen hinreichend gesicherten Begründungszusammenhang zu vermitteln, ist eine wissenschaft-

liehe Aufgabe. Die Fachtheologie bietet für diesen Ansatz keine Hilfe. Sie kann nicht als Vorbild oder mit einem Modell dienen.

Ich bin zuversichtlich, daß es gelingt, theoretisch begründete Sätze aus dem Entdeckungszusammenhang tatsächlicher und lebensweltlicher Fragestellungen zu entwickeln, weil die Theologen dieser Hochschule nicht von der Berufspraxis und den Humanwissenschaften isoliert sind. Wenn auf eine solche Weise Theologie neu buchstabiert wird, dann würde die Wissenschaft der Gemeindepädagogik unserer Kirche und ihrer Fachtheologie die Nähe zum tatsächlichen Menschen vermitteln können. Denn der Mensch, von dem dieser Ansatz ausgeht, ist der Mensch in seiner tatsächlichen sozialen Welt und nicht ein idealistisch oder pessimistisch gedachter Mensch. Umgekehrt könnte dann dem Menschen, der in seiner alltäglichen Lebenswelt lebt, die Nähe zu einer veränderten Fachtheologie und zu einem erneuerten Ausdruck von Glauben und Kirche vermittelt werden.

Für die Forschung und Lehre an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt bedeutet das, eine Wissenschaft des allgemeinen Priestertums grundlagentheoretisch zu entfalten. Man wird bezweifeln, daß die theologischen Fakultäten den reformatorischen Anspruch des allgemeinen Priestertums in Forschung und Lehre vertreten. Es lehren dort hochqualifizierte Spezialisten für fachtheoretische Fragen, aber die Alltagsprobleme des protestantischen Christen in Kirche und Welt und eine Handlungstheorie für ihn kommen nicht oder nur am Rande vor...

Sie, sehr verehrter Herr Kirchenpräsident, haben der Hochschule im Januar einen Besuch gemacht. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar,

erfolgte er doch innerhalb Ihres ersten Amtsjahres und unterstrich damit die Bedeutung der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt für die Kirche. Bei dieser Gelegenheit haben Sie die wissenschaftstheoretische Problemstellung, die der Fachbereich Kirchliche Gemeindepraxis bearbeitet, in die praktische Frage gekleidet: Wieviele Pfarrer kann eine Kirche als Mitarbeiter verkraften?

In der Tat ist das ein Problem nicht nur für die übrigen Mitarbeiterstellen in der Kirche, sondern auch für das Studium der künftigen Pfarrer an theologischen Fakultäten.

Die Praktische Theologie an theologischen Fakultäten lehrt eine Berufstheorie des Pfarrers und keine Handlungs- oder Berufstheorie des protestantischen Laien in Welt und Kirche. Im Grunde werden Pfarrer zu Solisten in Predigt, Katechese und Seelsorge ausgebildet. Ich muß das Problem mit diesen knappen Andeutungen bewenden lassen, weil die Zeit bemessen ist. Stattdessen will ich einen zweiten Aspekt aufgreifen.

Von der Notwendigkeit einer Wissenschaft der sozialen Arbeit

Es gibt verschiedene Zugänge zu dieser Aufgabe. Ich will hier den der Ordnungspolitik herausgreifen. Meine These lautet:

Künftige Gesellschaften haben einen enorm steigenden Bedarf an Individuen, die eigenverantwortlich und sozialverpflichtet handeln. Aber zugleich erschweren die gegenwärtigen und künftigen Gesellschaften, wenn sie es nicht sogar verunmöglichen, daß sich die erforderliche Individualität und Sozialverpflichtung herausbildet.

Jeder kennt diesen Bedarf, der sich etwas gründlicher mit dem gegenwärtigen Umbruch

von einer kapitalintensiven Produktionsgesellschaft zu einer informationsintensiven Dienstleistungsgesellschaft befaßt hat. Derselbe Bedarf stellt sich auch für den in einer Demokratie ausschlaggebenden Bereich der allgemeinen und politischen Meinungsbildung. Er wird sowohl durch die verwirrende Pluralität von Meinungsangeboten geweckt als auch durch die heute möglich gewordene mediale Vermittlung von Wirklichkeit aus zweiter Hand. Es werden mehr Individuen gebraucht als früher, die zu eigener Urteilsbildung fähig sind, die im gesellschaftlichen und im beruflichen Leben eigenverantwortlich und sozialverpflichtet handeln können. Die Bedingung der Möglichkeit dieser neuen Anforderung an Individualität in einer nachbürgerlichen Gesellschaft ist eine der ordnungspolitisch bedeutsamen Zu-

kunftsauflagen der Wissenschaft von der sozialen Arbeit.

Ich möchte die ordnungspolitische Fragestellung noch unter zwei Gesichtspunkten erläutern, die mit dem Traditionszusammenhang zu tun haben, in dem die Evangelische Fachhochschule Darmstadt steht.

Erstens: Die politische Tradition

Erschrecken Sie bitte nicht, wenn ich auf Politik verweise. Diese von Frauen geschaffenen und noch heute von ihnen getragenen Berufe der sozialen Arbeit sind von Anfang an politisch ausgerichtete Berufe gewesen. Deswegen hat sich die Kirche mit diesen Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenen sozialen Frau-



v.l.n.r.: Kirchenpräsident Helmut Spengler, Staatssekretär Dr. Jürgen Burckhardt, Prof. Ferdinand Barth, Professor Dr. Bernhard Suin de Boutemard

enberufen so schwer getan. Sie entsprachen nicht dem sozialen Hilfsmodell des protestantischen Pfarrhauses, der Pfarrfrau oder der Diakonisse des 19. Jahrhunderts. Wie kam es zu dieser politischen Ausrichtung?

Es sind noch nicht einmal 80 Jahre her, daß der Gesetzgeber in Deutschland Frauen zum Abitur zugelassen hat. Das geschah 1908. Die Gründerinnen der Schulen und Seminare für soziale Frauenberufe haben in ihrem Bildungslauf die Benachteiligung erlebt und erlitten, denen Mädchen und Frauen durch die gesellschaftliche und staatliche Organisation des Bildungswesen ausgesetzt gewesen waren. Mädchen- und Frauenbildung war beschränkt: erstens auf das Gemüthafte und Mütterliche; zweitens auf das Haus, den Haushalt und Garten, was heute immer noch zur Schattenwirtschaft gerechnet wird; und drittens auf eine Allgemeinbildung, die sich mit dem Small Talk bei Gesellschaften begnügte. Berufsausbildung kam um die Jahrhundertwende höchstens für Frauen der unteren Sozialschichten in Frage, für die Erwerbstätigkeit ökonomisch notwendig war, und für unverheiratet gebliebene Frauen der mittleren und höheren Klassen, um den Sozialabstieg, wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens zu bremsen.

Die Begründerinnen der sozialen Frauenberufe hatten persönlich erfahren, wie Benachteiligung und soziale Widersprüche von der anderen Hälfte der Menschheit, nämlich den Männern, gesellschaftlich und politisch produziert, gerechtfertigt und fortgesetzt werden. Die politische Verfügungsgewalt des Mannes sicherte seine Bevorzugung und die Benachteiligung der Frau. Von Anfang an waren die sozialen Frauenberufe ordnungspolitisch aus-

gelegt in der zutreffenden Annahme, daß auch andere Typen von Behinderung sozial vermittelt werden und nicht in der Person oder Natur des Behinderten ihre Ursache haben.

Die Evangelische Fachhochschule Darmstadt und die zu formende Wissenschaft der sozialen Arbeit stehen also im Traditionszusammenhang eines verfassungsrechtlich demokratischen und egalitären Anspruches.

Zweitens:

Die Tradition der Menschenrechte

Die soziale Arbeit stand zum Zeitpunkt der Gründung der Fachhochschulen (1971) unter einem gesellschaftspolitischen Rechtfertigungsdruck (Legitimationsanspruch). Unter Hinweis auf Auschwitz, Hiroshima und Vietnam wurden die drei Methoden, soziale Einzelarbeit, soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit, kritisiert. Die Methoden mußten vor einem menschenrechtsverletzenden Mißbrauch gesichert werden. Diese Aufgabe ist bis heute nicht zufriedenstellend gelöst worden. Dazu scheinen mir zwei Bürger- und Menschenrechtsfolgerungen erforderlich zu sein.

- Der einzelne ist ein Vertragsrechtssubjekt. Darin gründet die unveräußerliche Würde eines jeden einzelnen, auch des Behindereten. Mit dem Regulativ der Vertragsrechtssubjektivität wird auf einen uralten bürgerlichen Anspruch zurückgegriffen, der heute nicht weniger prekär ist als früher.
- Die Vertragsrechtsgemeinschaft ist sicherzustellen. Dieses Regulativ ist nicht immer leicht zu installieren und durchzusetzen, zumal, wenn man selber auf der Seite derer steht, die nach „Patmos“ verbannt sind, wie wir es heute morgen in der Predigt über

das letzte Kapitel der Bibel (Offenbarung 22, 15) gehört haben. Ohne eine ordnungspolitische Einbindung in die Menschenrechte wird die Praxis und die Wissenschaft der sozialen Arbeit der neuzeitlichen Anforderung an Legitimation nicht gewachsen sein.

Mein Amtsvorgänger und Freund seit der Nachkriegszeit der Schülerbibelkreise (BK) in Niedersachsen, Prof. Gottfried Buttler, hat durch mühevollen Kleinarbeit in der Zentralen Studienreformkommission des Bundes dazu beigetragen, die Notwendigkeit einer eigenständigen Wissenschaft der sozialen Arbeit bewußt zu machen. Mit Hilfe des von den evangelischen und katholischen Fachhochschulen eingebrachten Gutachtens des amerikanischen Kollegen Lowy*) wurde die Forderung über den Kreis der Kommission öffentlich gemacht.

Daraus sind nun die wissenschaftsmethodischen Konsequenzen zu ziehen, denn die in den 60er Jahren für die Professionalisierung der sozialen Arbeit so erfolgreichen drei Methoden genügen nicht den wissenschaftlichen Ansprüchen. Gelingt es nicht, eine Wissenschaft der sozialen Arbeit zu entwickeln, dann werden die, die im sozialen Feld arbeiten, hilflos den jeweils herrschenden methodischen Moden ausgeliefert sein. Das waren in den 70er Jahren soziologische und pädagogische und das sind in den 80er Jahren der Wirrwarr psychologischer Methoden und Schulen. Die Praxis und Theorie der sozialen Arbeit braucht eigene, unverwechselbare Methoden, deren Entdeckungszusammenhang in einen wissenschaftlichen Begründungszusammenhang überführt worden ist. Ich selber habe Gelegenheit gehabt, zu diesem Problem eine Stellungnahme abzugeben, die mit dem hessischen

Entwurf eines „Gesetzes und einer Rechtsverordnung für das Berufspraktikum in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik“ erscheinen wird.*

Die Wissenschaft der gemeindepädagogischen und sozialen Arbeit ist dreifach zu verantworten.

Ich komme zum Abschluß meiner Ausführungen über die Notwendigkeit einer Wissenschaft der Gemeindepädagogik und der sozialen Arbeit.

1. Sie ist sozial zu verantworten. Das heißt, ihr Entdeckungszusammenhang ist die Alltagstheorie der Lebenswelt und nicht die akademische Theorie. Nur so kann es gelingen, daß der wirkliche Mensch in den Überlegungen dieser Wissenschaft vorkommt und nicht ein gedachter.
2. Sie ist wissenschaftlich zu verantworten. Das heißt, sie ist zu entwickeln in Übereinstimmung mit den zu erweiternden allgemeinen wissenschaftlichen und den fachwissenschaftlichen Regeln. Die Alltagstheorie der in ihrer Lebenswelt Handelnden bedarf der wissenschaftlichen Brechung.

*) Lowy, Louis, Sozialarbeit/Sozialpädagogik als Wissenschaft im angloamerikanischen und deutschsprachigen Raum, Freiburg i. B. 1983.

**) Suin de Boutemard, Bernhard, Über die Schwierigkeiten, Sozialarbeiter/Sozialpädagoge zu werden und zu bleiben. In: Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Hg., Hochschule und Praxis im Dialog, Materialien und Dokumente aus der Arbeit des ständigen Gesprächskreises auf Landesebene zu Fragen der Ausbildung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen 1981 bis 1985.

Sonst wäre die wissenschaftliche Theoriebildung nur eine Doppelung der Alltagstheorie. Sie würde der Logik der Lebenswelt, nicht aber der Logik der Wissenschaft folgen.

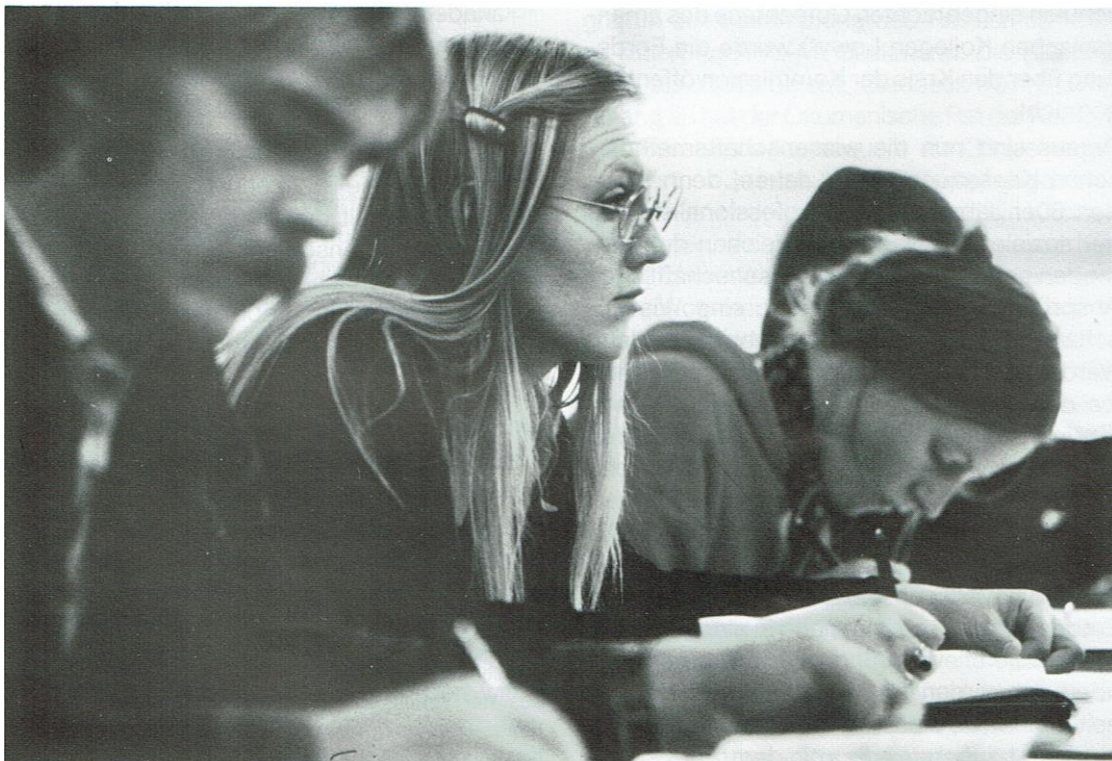
3. Sie ist kirchlich zu verantworten. Das geschieht in einer Spannung von Freiheit und Bindung an die tatsächliche Kirche. Die gemeinsame Norm ist das Hinhören auf die Stimme des guten Hirten, worin ich die Erfüllung der „Evangelischen Zielsetzung“ sehe ...

Folgerungen und Bitten

Lassen Sie mich meine Ausführungen abschließen mit vier Folgerungen und Bitten, die ich aus der Erfahrung meines Rektorats ziehe.

Die Notwendigkeit grundlagentheoretischer Forschung

Nach meinen Erfahrungen gibt es mindestens zwei weitere Anlässe, warum grundlagentheoretische Forschung gemacht werden muß. Der eine Anlaß ist die Güte der Lehre an dieser kirchlichen Hochschule. Wer lehren und nicht nur unterrichten will, muß wenigstens in einem Gebiet gründlicher Bescheid wissen, als es in wissenschaftlichen Lehrbüchern dargelegt



wird. Er muß eigene Forschung betreiben, sonst ist er nicht besser als, sagen wir, eine Grundschullehrerin, die auch auf wissenschaftlicher Grundlage unterrichtet. Als Hochschule für soziale und gemeindepädagogische Arbeit werden wir bei der Forschung außerdem den Zusammenhang mit der Diakoniewissenschaft beachten.

Der andere Anlaß sind die wechselnden sozialen Bürgerinitiativen, an den in den fünf Jahren meines Rektorats viele Hochschulangehörige beteiligt waren.

Als ich Rektor wurde, ging es um die Frage der Verträglichkeit großtechnologischer Einrichtungen, für die damals die Startbahn-West und auf der Gegenseite das Hüttendorf im Mörfelder Wald standen. Die Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses waren damals nur bereit, mich im Hüttendorf zu einem ersten Gespräch zu empfangen. Im Hüttendorf selber gab es eine "Außenstelle der Evangelischen Fachhochschule", von der ich bis heute nicht weiß, wer sie eingerichtet hat. Ich berief eine Hochschulkonferenz von fünf Minuten ein, auf der ich als Rektor lediglich erklärte, daß der Ort der Lehrveranstaltungen der Zweifalltorweg 12 in Darmstadt ist.

In der Mitte meines Rektorats, im Herbst 1983, schlugen die Wellen der Friedensbewegung mit dem Kampf gegen die Stationierung atomarer Sprengköpfe in die Hochschule. Einige Studierende nahmen an Sitzblockaden teil. Eine andere sehr engagierte Gruppe von Studentinnen und Studenten begleitete eine Woche lang die Beratungen der in Worms tagenden EKD-Synode. Als sie am Ende der Tagung merkte, daß die synodale Resolution nicht so radikal ausfallen würde wie sie es sich vorgestellt hatte, erzwang sie zu der symbolischen

Zeit von 5 Minuten vor 12 eine Unterbrechung der Synodensitzung, um ihre eigene Resolution zu verlesen. Aus jenem Friedensherbst stammt noch die an der Hochschule angebrachte Tafel „Atomwaffenfreie Zone“.

Am Ende meines Rektorats waren die Anlässe getragen vom Kampf gegen die Apartheid in Südafrika und von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl.

Was ist davon für eine Wissenschaft der sozialen und gemeindepädagogischen Arbeit fruchtbar gemacht worden? Wenn es nicht gelingt, aus dem Entdeckungszusammenhang solcher Anlässe und aus der Betroffenheit zu einem auch methodisch relevanten Begründungszusammenhang zu stoßen, dann bleibt es ein prometheisches Bemühen, das mit der Generation versinkt, die gekämpft hat, und von dem Goethe gesagt hat:

*„... nirgendwo haften die unsicheren Füße.
Uns hebt die Welle,
uns verschlingt die Welle,
und wir versinken. . .“*

Dieser Reichtum an Erfahrung bedarf der wissenschaftlichen Bearbeitung, was Distanz, Askese und die Kraft zu grundlagentheoretischer Forschung erfordert.

Lehrstuhl für Feministische Theologie

An den Herrn Kirchenpräsidenten habe ich eine Bitte, ohne daß ich sie jetzt im einzelnen begründen kann. Sie ergibt sich aus der Tradition der Frauenbewegung. Wenn es zu der bei der Frauenanhörung der EKHN vom Februar dieses Jahres (1986) angeregten Stiftung eines Lehrstuhls für Feministische Theologie kommt, dann bitte ich, daß er an dieser Hochschule eingerichtet wird.

Novellierung der Hochschulgesetze/ Forschungsmittel

Ich wende mich an die Landespolitiker und die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Die eine Bitte betrifft die Novellierung der Hochschulgesetze des Landes. In den Jahren meines Rektorats hat die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu Hochschulfragen Urteile gefällt, die in ihrer Begründung erkennen lassen, wie wenig Fachhochschulen als wissenschaftliche Hochschulen Beachtung finden. Diese Rechtsprechung behindert in ihrer Tendenz die freie Wissenschaftsentfaltung an Fachhochschulen.

Den Landesgesetzgeber bitte ich darum, die Wettbewerbsfähigkeit von Fachhochschulen nicht durch Wettbewerbsverzerrung zu beschränken, wie es z. B. das novellierte Hochschulrahmengesetz tut, wenn es in der Regel die Berufung von Habilitierten an Fachhochschulen ausschließt. Die Schwere des Sozialberufes und die Würde des Klienten als Vertragsrechtssubjekt fordern, daß Fachhochschulen selber entscheiden können müssen, ob sie Habilitierte oder andere zur Berufung vorschlagen.

Die andere Bitte richtet sich an Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär.

Ihr Ministerium hat dankenswerterweise Sonderforschungsmittel für frauen- und für frienspädagogische Forschung bereitgestellt. Ich bitte, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß die Evangelische Fachhochschule Darmstadt antragsberechtigt wird.

Kontinuität in der Werbung

Eine weitere Bitte richtet sich an die Mitglieder der Hochschule und ihre Freunde. Wir sollten fortfahren, Traditionen und Institutionen zu stiften, die eine Kontinuität im Wiederholen sichern. Es ist schlechterdings eine Überforderung, wenn jeder stets wieder von vorne anfangen muß. Institutionalisierte Tradition schafft Regelhaftigkeit und entlastet von Begründung und erneuter Einführung ...

Schließlich verweise ich auf unsere traditionelle Mitgliedschaft in der Internationalen Vereinigung der Hochschulen für Sozialarbeit (IASSW), die im Jahre 1988 ihren Weltkongreß in Berlin halten wird. Die aktive Mitarbeit von Hochschulangehörigen bedarf der Förderung

Ich verabschiede mich als Rektor dieser Hochschule, die in der Praxis angesehen und unter den Hochschulen für Sozialwesen in der Bundesrepublik Deutschland zu den bedeutenden Hochschulen gehört.

Hochverehrte Festversammlung, die Evangelische Fachhochschule Darmstadt verdient Ihr Vertrauen, das ich auch meinem verehrten Amtsnachfolger zu schenken bitte. Ihnen, Bruder Barth, Ihrer Familie und uns allen, wünsche ich Gottes Segen zu Ihrem Amt als vierter Rektor der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt. ■